

21 Thesen zu Ursache, Vermeidung und Bekämpfung von Finanzkrisen

(Erhard Glötzi, 25.9.2009)

ALLGEMEINES

These 1 (Macht des Geldes)

Soziale Schulden sind der Kitt für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Durch die zunehmende Monetarisierung unserer Gesellschaft verlieren sie immer mehr an Bedeutung. Im Gegenzug zu den sozialen Schulden, wachsen die monetären Schulden in unserer Gesellschaft immer rascher. Damit schreitet einerseits die Macht des Geldes in unserer Gesellschaft immer weiter fort, andererseits nimmt der gesellschaftliche Zusammenhalt immer weiter ab.

K. H. Brodbeck [1] geht in seiner Analyse über das Geld noch einen Schritt weiter. Für ihn ist Geld eine universelle Denk- und Kommunikationsform des Menschen geworden und hat damit einen vergleichbaren Einfluss auf die Gesellschaft wie z.B. die Sprache. „Die universelle Herrschaft der Geldgier ist damit keine zufällige Entgleisung, sondern die dem Geld eigentümliche Form der Vergesellschaftung“.

Der Zeitgeist des Neoliberalismus, lässt immer mehr Menschen glauben, dass es moralisch gerechtfertigt und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, alleine in Geldkategorien und ohne Bezug zur Realwirtschaft zu denken. Wohlstand wird allerdings nur in der Realwirtschaft geschaffen. Spekulative Finanztransaktionen hingegen schaffen in der Regel keinen Wohlstand sondern nur eine Umverteilung von Wohlstand weg von Uninformierten hin zu den Informierten. Geld kann niemals arbeiten, arbeiten können immer nur Menschen.

These 2 (Systemkrise, Werthaltungen und Menschenbild)

Wir haben eine schwere Systemkrise. Ohne tief greifende Systemänderungen ist eine Problemlösung unmöglich. Es ist allerdings ganz wichtig, dass man versteht, dass diese Einschätzung nur im Zusammenhang mit einer spezifischen Werthaltung und einem spezifischen Menschenbild richtig ist. Mit anderen Werthaltungen könnte man zu gänzlich anderen grundsätzlichen Beurteilungen der gegenwärtigen Krise kommen.

Die grundlegende Beurteilung der Krise als Systemkrise und die meisten der folgenden Thesen beruhen auf der Werthaltung, dass die Vermeidung von menschlichem Leid in der Werteskala einen sehr hohen Stellenwert hat. Jede Krise wirkt sich aber unmittelbar in der Realwirtschaft aus und ist daher in der Regel mit viel menschlichem Leid verbunden. Eben deshalb muss das oberste Ziel wirtschaftspolitischer Handlungen stets die Vermeidung von Krisen sein.

Zu völlig anderen Einschätzungen käme man etwa mit sozialdarwinistischen Ansätzen, d.h. wenn man die Durchsetzung der Stärkeren zu Lasten der Schwächeren als positiven Beitrag zur Evolution der menschlichen Gesellschaft betrachtet. Auch eine positive Bewertung von Krisen als schöpferische Zerstörung im Schumpeter'schen Sinn, kann zu ganz anderen Beurteilungen führen.

Für die Beurteilung der Krise ist aber auch das zugrunde liegende Menschenbild. genauso bedeutend wie die zugrunde liegenden Werte. Diese Arbeit baut auf einem Menschenbild auf, das davon ausgeht, dass der Mensch mit ausreichendem Verstand ausgerüstet ist, die Ursachen von Krisen zu erkennen und Konzepte zu entwickeln, um diese zu vermeiden und dass er auch imstande ist, diese Konzepte umzusetzen.

Es gilt dabei Ähnliches, wie es für die Überwindung der Konfrontationsstrategie im Gefangenendilemma gilt: Die subjektiv für jeden Einzelnen als beste Strategie im Gefangenendilemma erscheinende Konfrontationsstrategie kann nur unter 2 Voraussetzungen vermieden und in eine für beide vorteilhaftere Kooperationsstrategie abgeändert werden:

1. Die Spieler verfügen über ausreichenden Verstand, um das Gefangenendilemma zu verstehen
2. Sie schließen einen Vertrag ab, nämlich einen Kooperationsvertrag, der durch Kooperation letztlich für beide zum insgesamt besseren Ergebnis führt.

URSACHENANALYSE

These 3 (unkontrollierbarer Ausgleichsvorgang)

Die Finanzkrise ist ein unkontrollierbarer Ausgleichsvorgang, wie er auch in anderen Systemen in der Natur auftritt (Erdbeben, Blitz usw.). Ausgelöst werden solche Ausgleichsvorgänge in der Regel durch wachsende Ungleichheiten. Kommt es jedoch in irgendeinem System zu einem exponentiellen Wachstum irgendeiner realen Größe, ganz egal um welches System oder welche reale Größe es sich auch handelt, muss es in diesem System systemnotwendigerweise immer zu solchen Ausgleichsreaktionen oder letztlich gar zur Selbstzerstörung dieses Systems kommen.

These 4 (tiefere Ursache/Verstärkungsmechanismen)

Bei der Analyse der Ursachen für die Finanzkrise, muss man zwischen den tieferen Ursachen einerseits (These 5 und 6) und den Verstärkungsmechanismen andererseits (These 7) unterscheiden.

These 5 (Tiefere Ursache der Finanzkrise: die Diskrepanz zwischen linearem Wachstum der Realwirtschaft und exponentiellem Wachstum der Finanzwirtschaft)

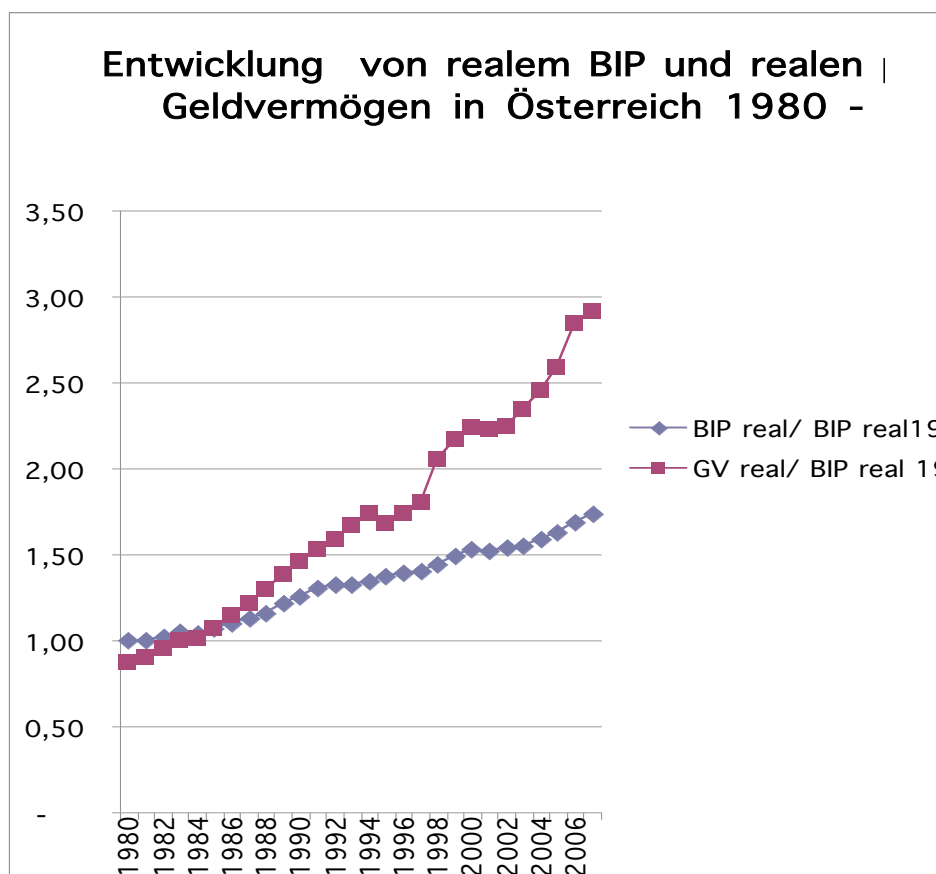
Die wesentliche Ursache für die Finanzkrise liegt darin, dass die Finanzwirtschaft rascher wächst als die Realwirtschaft oder präziser formuliert in der Diskrepanz von

annähernd linearem (realen) BIP-Wachstum und exponentiellem (realen) Wachstum von Schulden, Guthaben und Kapitaleinkommen. Da wegen der dadurch sinkenden Arbeitseinkommen auch die Massennachfrage sinkt, werden die überschüssigen (Kapital-) Einkommen nicht mehr in der Realwirtschaft sondern in den Finanzmärkten investiert, was zur Überbewertung der Finanztitel und damit zur Erzeugung von Blasen führt.

Den empirischen Beleg des annähernd linearen (realen) Wirtschaftswachstums zumindest seit 1960 kann man für fast alle wichtigen Staaten den Grafiken [3] entnehmen. Korrekterweise gilt diese Aussage nämlich nur für große und damit weitgehend abgeschlossene Volkswirtschaften. Auch können gewisse Abweichungen davon, wie z.B. USA, möglicherweise durch hedonische Methoden der BIP-Berechnung vorgetäuscht werden. Jedenfalls steht die durchwegs abnehmende reale Wachstumsrate im Widerspruch zu einem exponentiellen Wachstum. Eine theoretische Begründung für diese auffallende Linearität gibt es leider (noch) nicht.

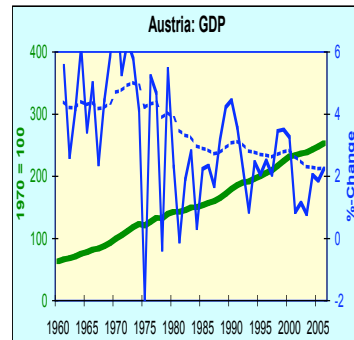
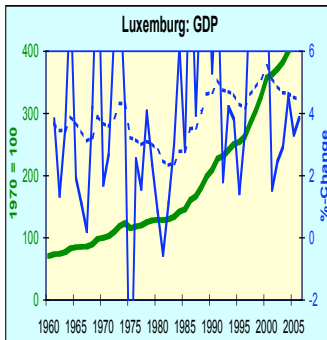
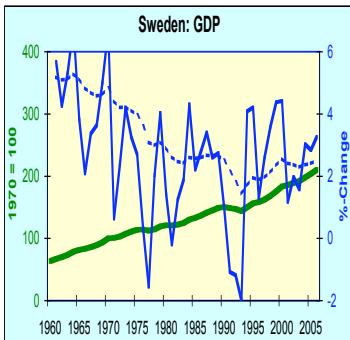
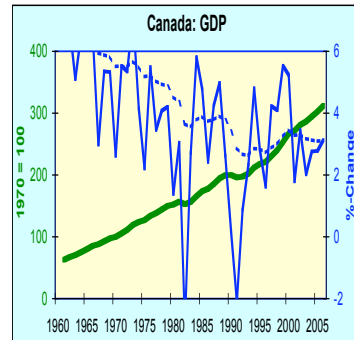
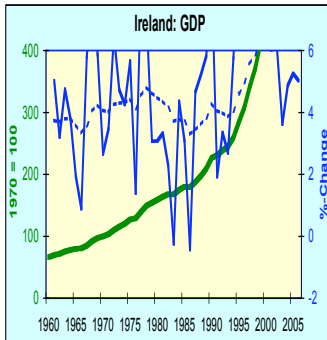
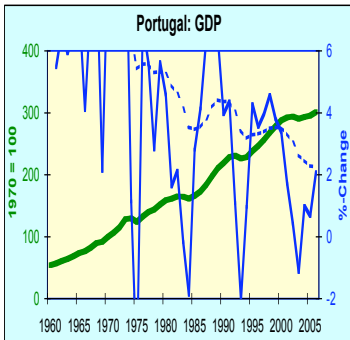
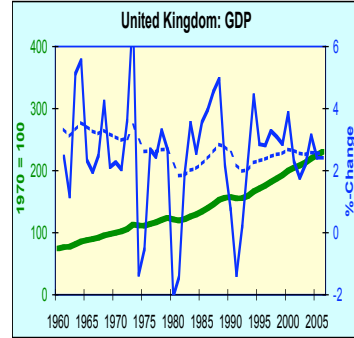
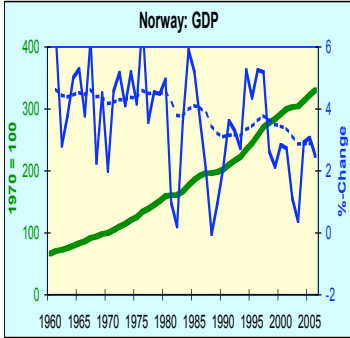
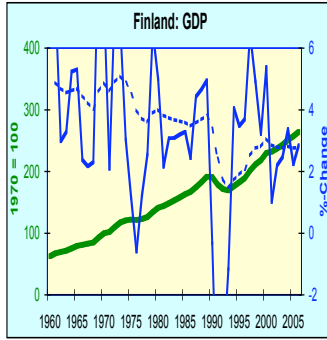
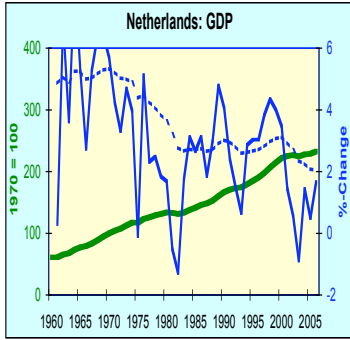
Die Datenlage zur Geldvermögensentwicklung ist leider nur in Deutschland etwa ab 1950 und in Österreich ab 1980 auf Basis der Daten der beiden Notenbanken einigermaßen befriedigend. Für beide Staaten zeigt sich dabei eine annähernd exponentielle Entwicklung. Siehe dazu die entsprechende Grafik für Österreich. Es ist plausibel daraus auch auf eine annähernd exponentielle Entwicklung der Kapitaleinkommen (Zinsen + Gewinne) zu schließen.

Eine theoretische Begründung dafür, dass diese Entwicklungen einen exponentiellen Verlauf haben müssen, findet man ausführlich in [2]. Sie entspricht in kurzer Form der These 6.



Empirische Daten lineares Wirtschaftswachstum

grün: GDP blau: Wachstumsrate



These 6 (Theoretische Begründung des exponentiellen Wachstums der Finanzwirtschaft: Kapitaleinkommen/Macht des Geldes)

Die theoretische Begründung des exponentiellen realen Wachstums von Schulden, Guthaben und Kapitaleinkommen liegt im Wesen des Kapitalismus, nämlich den Kapitaleinkommen, und der Macht des Geldes, diese auch durchzusetzen.

These 6.1 (1. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre)

In einer geschlossenen Volkswirtschaft ist die Summe aller Schulden stets gleich hoch wie die Summe aller Guthaben

These 6.2 (die Macht des Geldes: Das Fundamentalparadoxon der Geldwirtschaft – die Ohnmacht der Schuldner)

Die Gesamtheit der durch Zinseszins entstandenen Schulden kann nur in dem Ausmaß abgebaut werden, in dem die Gesamtheit der Gläubiger bereit ist, ihre durch Zinseszins entstandenen Guthaben abzubauen und damit Waren oder Dienstleistungen der Schuldner zu kaufen.

These 6.3 (das Wesen des Kapitalismus)

Das Interesse der Gläubiger am Wachstum der Guthaben ist aber im Durchschnitt wesentlich größer als das Interesse an Konsum oder Investition in Eigenkapital. Daher ergibt sich:

These 6.4 (2. Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre)

In einer geschlossenen (ungestörten) Volkswirtschaft wächst die Summe aller Schulden bzw. Guthaben annähernd exponentiell. Ohne Staatseingriffe kann die Summe aller Schulden bzw. Guthaben nur durch unerwünschte Ausnahmeereignisse wie Finanz- oder Wirtschaftskrisen, Hyperinflation, Währungsreform oder Krieg abgebaut werden

These 7 (Verstärkungsmechanismen)

Die wichtigsten Verstärkungsmechanismen für die Entstehung der Krise sind:

- der Neoliberalismus im Allgemeinen, weil er die Kapitaleinkommen auf Kosten Arbeitseinkommen stärkt
- die Zulassung von „innovativen“ Finanzprodukten und „innovativen“ Bewertungsverfahren im Besonderen, die enorme Bewertungsgewinne zugelassen haben und
- die Niedrigzinspolitik, deren Ziel es war, Geld für die Realwirtschaft zur Verfügung zu stellen, das aber tatsächlich zu einem großen Teil in die Finanzwirtschaft geflossen ist. Denn die Notenbanken können zwar dem Bankensystem Liquidität günstig zur Verfügung stellen, sie haben aber keinen Einfluss darauf, ob dieses Geld über reale Investitionskredite in die Realwirtschaft fließt, oder ob es etwa durch Kredite für den spekulativen Kauf von Unternehmen, Rohstoffen, Finanzderivaten oder sonstigen Finanzaggregaten ohne Belegung der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft fließt, d.h. im Wesentlichen nur zur Finanzierung von Eigentümerwechseln dient.

- Daneben wirken auch das Fehlen von Regulierungen, Managerprovisionen, Kapitaldeckungsverfahren, Herdentrieb, Gier, Betrug, Werbung usw. als Verstärkungsmechanismen.

NOTWENDIGE SYSTEMÄNDERUNGS- MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG VON KRISEN

These 8 (Hochkulturen)

Um allgemeinen materiellen Wohlstand zu erzeugen, muss eine Gesellschaft sowohl das Produktionsproblem als auch das Verteilungsproblem lösen.
Hochkulturen entstehen immer dann, wenn das Produktionsproblem gelöst wird.
Hochkulturen gehen immer dann unter, wenn sie das Verteilungsproblem nicht lösen.

These 9 (Historische Maßnahmen)

Es entspricht einer langen Menschheitserfahrung, dass übermäßige Kapitaleinkommen beschränkt werden müssen, um zu verhindern, dass Gesellschaften zerbrechen oder Hochkulturen untergehen. Es hat daher schon immer Versuche gegeben, dieses Problem zu lösen. Alle bisherigen historischen Lösungsansätze waren untauglich:

- Das Zinsverbot (Judentum, Christentum und Islam) weil Kredite notwendig sind
- Das Verbot von privatem Kapital (Marxismus) wegen fehlendem Leistungsanreiz
- Die totale Kapitalregulierung (Zunftwesen), wegen fehlender Wirtschaftsdynamik
- Das exponentielle Wachstum (Neoliberalismus), weil exponentielles Wachstum dauerhaft nicht möglich ist.

These 10 (notwendige Maßnahmen)

Jedes dynamische System (Wirtschaftssystem) mit positiven Rückkopplungen (Kapitaleinkommen) braucht für seine Stabilität negative Rückkopplungen (Kapitalsteuern) und Dämpfungselemente (Regulierungen)

These 11 (progressive Kapitalsteuern)

Um die Stabilität unseres Wirtschaftssystems zu erhalten, ist daher im Sinne einer negativen Rückkopplung eine (progressive) Besteuerung von Kapital (Vermögen, Einkommen, Transaktionen usw.) in derjenigen Höhe notwendig, dass die Kapitaleinkommen nicht schneller wachsen als das BIP.

Vorraussetzungen dafür sind:

- Vollständige Aufhebung des Bankgeheimnisses
- Internationale Harmonisierung
- Kapitalverkehrskontrollen/-beschränkungen

These 12 (Regulierungen)

Jedenfalls sind folgende Regulierungen notwendig:

These 12.1 (neues 3-stufiges Bankensystem, verschärfter Glass-Steagall-Act, Insolvenz von Banken)

Die Neuordnung des Bankensystems muss vor allem nach dem Prinzip, dass Geld ein öffentliches Gut ist, erfolgen. Eng damit im Zusammenhang steht die Frage, ob man eine Bank in Konkurs gehen lassen kann oder nicht. Dabei darf man sich nicht an deren Größe orientieren („too big to fail“), sondern muss sich daran orientieren, ob die spezielle Tätigkeit der Bank für die Realwirtschaft essentiell ist oder nicht. Da Banken heute oft beide Arten von Geschäften betreiben, ist für das Funktionieren des Bankensystems und für ein praktikables Insolvenzrecht für Banken, eine 3-Teilung des Bankensystems notwendig (verschärfter Glass/Steagall-Act). Im so genannten Glass-Steagall-Act wurde unter Präsident Roosevelt 1933 eine verpflichtende Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken verfügt, die allerdings 1999 von Clinton wieder aufgehoben wurde, was vermutlich mit zur Entwicklung der Finanzkrise beigetragen hat.

These 12.1.1 (Geschäftsbanken)

Die Versorgung der Realwirtschaft mit Geld für reale nicht spekulative Investitionen ist für die Funktion der Wirtschaft unentbehrlich und damit auch grundlegend für die Gesellschaft. Das Geschäftsmodell der Geschäftsbanken ist es, diese und nur diese Aufgabe zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Aufgabe der Geschäftsbanken muss daher in jedem Fall gesichert. Wegen einer ausschließlichen Vergabe von Krediten für reale nicht spekulative Investitionen sollte eine Insolvenz auch praktisch kaum eintreten können. Jedenfalls dürften die Tätigkeiten auch im Sonderfall einer Insolvenz keinesfalls eingestellt werden. Geschäftsbanken sind daher als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich/demokratisch/genossenschaftlich zu organisieren.

Die Einlagen müssen wenigstens teilweise einer staatlichen Einlagensicherung unterliegen. Für eine stärkere Orientierung an einer fristengleichen Finanzierung („goldene Bilanzregel“) sollten Regeln festgelegt werden. Die Zinsen sollen sich überwiegend am Markt bilden. Wegen der hohen Sicherheit der Einlagen werden die Zinsen auf einem niedrigen Niveau liegen.

Eine öffentliche Organisation der Geschäftsbanken ist nicht deshalb notwendig oder besser, weil der Staat ein besserer Unternehmer wäre, sondern weil öffentliche Unternehmen andere Geschäftsziele haben wie private Unternehmen, nämlich langfristige und kostengünstige Sicherstellung von Infrastruktur im Gegensatz zu kurzfristiger Gewinnmaximierung.

These 12.1.2 (Infrastrukturbanken)

Die Aufgabe von Infrastrukturbanken ist die Finanzierung von langlebigen Infrastrukturinvestitionen. Dies erfordert langfristige Kredite mit besonders niedrigen Zinsen, da es sonst zu keiner Optimierung der langfristigen Zukunft kommt. Durch hohe Zinsen wird bei Investitionsentscheidungen bekanntlich die langfristige Zukunft systematisch abgewertet. Die Zinssätze müssen daher durch Einnahmen des Staates (progressive Kapitalsteuern) gestützt werden. Deshalb können solche Infrastrukturbanken nur in öffentlicher Hand sein. Auch für Infrastrukturbanken muss festgelegt werden, in welchem Ausmaß eine fristengleiche Finanzierung („goldene Bilanzregel“) eingehalten werden muss.

These 12.1.3 (Investmentbanken)

Die Finanzierung des Handels mit Unternehmen, des spekulativen Handels mit Rohstoffen, die Finanzierung von Wetten mit Derivaten und sonstigen Spekulationsgeschäften sind für das Funktionieren der Wirtschaft genauso wenig notwendig wie Spielcasinos. Dabei wird jeweils nur die Übertragung von Eigentümerrechten finanziert. Für die Realwirtschaft und die Produktion von Gütern ist es aber abgesehen von möglichen Synergiepotentialen, die bei Eigentumsübertragungen gehoben werden könnten, weitgehend bedeutungslos, wer der Eigentümer der Produktion ist, bzw. ist es völlig egal, wer der Eigentümer gewisser Finanztitel ist.

Banken, die solche Kredite vergeben (=Investmentbanken), sind daher strikt von Geschäftsbanken und Infrastrukturbanken zu trennen und dürfen sich keinesfalls bei diesen refinanzieren. Denn eine (Re-) Finanzierung mit Geld (=Krediten) aus den Geschäftsbanken, ist insbesondere wegen der Folgen des Leverageeffektes beim Platzen von Blasen, für die Realwirtschaft und die Sparer schädlich, weil dadurch die Geldversorgung der Realwirtschaft eingeschränkt wird und Sparer geschädigt werden.

Darüber hinaus sind Kredite der Investmentbanken mit hohen Steuern zu belegen (analog wie dies bei Spielcasinos der Fall ist), sodass es zu einer hohen Spreizung zwischen Haben- und Sollzinsen kommt, d.h. dass es im Verhältnis zu niedrigeren Zinsen für Einlagen und höheren Zinsen für Kredite kommt.

Eine staatliche Einlagensicherung ist jedenfalls ausgeschlossen. Investmentbanken müssen ohne Eingreifen des Staates und ohne Folgen für die Realwirtschaft in Konkurs gehen können. Es muss daher allen Anlegern das Risiko bewusst sein, dass sie ihre Einlage oder ihr Eigenkapital zu 100% verlieren können.

These 12.2 (Aufhebung des Bankgeheimnisses)

Das Bankgeheimnis muss vollständig und umfassend aufgehoben werden.

These 12.3 (Bilanzierungsvorschriften)

Die Bilanzierungsvorschriften nach IFRS ermöglichen ungedeckte und ungerechtfertigte Bewertungsgewinne in hohem Ausmaß. Bilanzierung nach dem Vorsichtsprinzip muss wieder zum Standard werden.

These 12.4 (Finanzprodukte)

Finanzprodukte müssen hinsichtlich Genehmigung, Kontrolle, Sicherheit und Haftung Realprodukten weitgehend gleichgestellt werden. Damit soll auch erreicht werden, dass nur solche Finanzprodukte ermöglicht werden, die für die Realwirtschaft notwendig sind und damit einen Mehrwert schaffen. Diejenigen Finanzprodukte, die vorwiegend der Umverteilung von den Uninformierten hin zu den Informierten dienen, müssen verboten werden.

These 12.5 (Finanzmarkt)

Finanzprodukte dürfen nur in den für die jeweilige Art von Finanzprodukten genehmigten Banken gehandelt werden.

These 12.6 (Finanzverkehr)

Der Finanzverkehr muss vollständig geregelt und überwacht sein. Finanztransaktionen mit Staaten, die sich nicht den internationalen Standards unterwerfen (Steuerparadiesen), sind verboten.

These 12.7 (neues Bretton Woods)

Folgende Maßnahmen zur Stabilisierung der internationalen Verschuldung und des Weltwährungssystems sind langfristig notwendig:

- Einführung einer neuen neutralen Leitwährung für den internationalen Zahlungsausgleich und als internationale Schuldwährung an Stelle des US-Dollars (analog zum BANCOR im Keynes-Plan von Bretton Woods 1944).
- Herausgabe durch eine Internationale Zentralbank.
- Deckung durch Forderungen auf einen Warenkorb von international gehandelten Waren.
- Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs
- Rückkehr zu festen Wechselkursen
- Die Internationale Zentralbank legt eine Zinsrate für die Schulden der Schuldnerstaaten fest, die von den Schuldnerstaaten zu bezahlen ist, die aber nicht den Gläubigerstaaten zugute kommt, sondern (nach Abzug der Aufwendungen) der UNO.

Ebenfalls legt die Internationale Zentralbank eine (gleich hohe) negative Zinsrate für die Guthaben fest, die von den Gläubigern zu bezahlen ist. Auch diese Einnahmen gehen an die UNO.

Eine gleichmäßige Besteuerung sowohl von Schulden als auch von Guthaben ist notwendig, denn nur so entsteht sowohl auf den Schuldnerstaat als auch auf den Gläubigerstaat ein erwünschter gleichmäßiger Druck zu einem Schuldenausgleich. Das ist notwendig, damit die Gläubigerstaaten in ausreichendem Ausmaß Waren und Dienstleistungen von den Schuldnerstaaten kaufen, denn sonst sind die

Schuldnerstaaten nicht in der Lage ihre Schulden zu begleichen (siehe These 6.2.: Das Fundamentalparadoxon der Geldwirtschaft – Die Ohnmacht der Schuldner)

MASSNAHMEN ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

These 14 (Bankbilanzen)

Finanzwirtschaft und Realwirtschaft spiegeln sich in einer konsolidierten Gesamtbilanz aller Banken derart wider, dass die Ansprüche der Kapitaleigentümer auf der Passivseite, die Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft auf der Aktivseite aufscheinen. Die Ansprüche der Kapitaleigentümer sind durch die real exponentiell wachsenden Kapitaleinkommen rascher gewachsen, als sie durch die real nur linear wachsende Realwirtschaft gedeckt werden. Diese Ungleichheit ist die Ursache für die faulen Kredite und damit die Ursache für den Ausbruch der Krise. Die Krise kann daher solange nicht beherrscht werden, solange diese Ungleichheit besteht. Die Ungleichheit kann aber nur durch die Beschneidung der Kapitalansprüche (Passivseite der Bilanzen) beseitigt werden.

These 15 (Ablauf der Krise)

Wenn die Kapitaleigner ihre Ansprüche an die Realwirtschaft (Zinsen und Gewinne) auf breiter Front nicht mehr durchsetzen können, versucht jeder Marktteilnehmer für sich mit der aus seiner eigenen Sicht besten Lösung seinen Status so weit wie möglich zu retten. Dies führt aber wie beim Gefangenendilemma zu der für alle insgesamt schlechtesten Lösung. Die Wirtschaft bricht in einer Spirale zusammen: Kapitaleigentümer stellen Kredite fällig und verleihen kein weiteres Geld mehr (Kreditklemme), Unternehmen investieren nicht mehr, die Arbeitseinkommen sinken, die Konsumnachfrage sinkt, die Realwirtschaft schrumpft (Rezession), die Kapitaleigentümer können ihre Ansprüche noch weniger durchsetzen, die Kapitaleigentümer verleihen noch weniger Geld usw.

These 16 (Kürzung der Kapitalansprüche)

Auch wenn es brutal klingt, kann die Krise nur dann überwunden werden, wenn die Ansprüche der Kapitaleigentümer ähnlich wie in einem Konkursverfahren gekürzt werden. Dazu ist die Bestellung eines Masseverwalters notwendig, der die Fortführung der realwirtschaftlich notwendigen Aufgaben der Banken gewährleistet. In diesem Fall kann das nur der Staat sein.

Um ein konkursähnliches Verfahren bei der flächendeckenden Krise durchführen zu können, sind jedoch folgende Voraussetzungen notwendig:

- Vollständige Abschaffung des Bankgeheimnisses
- Kapitalverkehrsbeschränkungen
- Rascheste Umsetzung des 3-stufigen Banksystems gemäß 11.1

Die Kürzung der Kapitalansprüche muss in folgender Reihenfolge erfolgen:

- Heranziehung des Eigenkapitals (wie bei jeder Insolvenz)
- Eigentümer- und Managerhaftung (trifft die Verantwortlichen, wie bei jeder fahrlässigen Krida)
- progressive Kapitalsteuer (trifft die Profiteure)
- einmalige Vermögensabgabe (z.B. wie nach dem Krieg)
- Inflation (trifft alle und hat eine gewisse moralische Berechtigung, weil die Meisten das neoliberale Gesellschaftsmodell politisch geduldet haben)
- Währungsreform (schärfste Form einer progressiven Finanzkapitalbesteuerung)

Im Gegensatz zu dieser vorgeschlagenen Vorgangsweise muss, bei der derzeit geübten Praxis der Sanierung der Banken mit öffentlichen Geldern und Aufschiebung der bilanziellen Verluste auf die Zukunft, die ganze Last die breite Allgemeinheit tragen:

- durch erhöhte allgemeine Steuerleistungen zur Sanierung der Staatsschulden
- durch Einschränkungen von Sozialleistungen
- durch hohe Kreditzinsen und niedrige Sparzinsen, die notwendig sind, um den Banken durch eine hohe Zinsspanne wieder Gewinne zu ermöglichen, um ihre derzeitigen Verluste auszugleichen.

These 17 (Konjunkturprogramme)

Konjunkturprogramme sind notwendig, sie dürfen aber höchstens kurzzeitig durch Staatsverschuldung finanziert werden, Grundsätzlich müssen sie jedoch durch progressive Kapitalsteuern finanziert werden. Eine Zunahme der Staatsverschuldung würde die Diskrepanz zwischen Kapitalansprüchen und Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft nur noch weiter vergrößern.

Auch die direkte Kreditschöpfung durch die Notenbank (wie in USA möglich) sollte der EZB (durch Gesetzesänderung) ermöglicht werden, allerdings nur zur Refinanzierung von Infrastrukturbanken.

Ebenso müsste auch eine direkte Finanzierung des Staates durch die Notenbank angedacht werden, ohne die in Zukunft die ausufernde Zinslast des Staates wohl kaum mehr zu tragen sein wird.

These 18 (ungeeignete Maßnahmen)

Maßnahmen wie die Einführung von „bad banks“ sind nicht nur unwirksam sondern kontraproduktiv. Sie führen nicht nur nicht zu einem Abbau der Kapitalansprüche, sondern erhalten diese aufrecht und bürden die Bedienung dieser Ansprüche der Allgemeinheit der Steuerzahler auf. Das kann auf Dauer nur zu einem weiteren Nachfrageausfall und damit einem weiteren Einbruch der Wirtschaft führen.

In den Jahren nach dem Platzen der Internet-Blase 2001 wurde insbesondere in den USA durch die FED versucht, die Wirtschaft durch eine Niedrigzinspolitik anzukurbeln. Tatsächlich hat das viele billige Geld zu einem Wirtschaftsaufschwung verholfen. Da die FED aber keinen Einfluss darauf nahm oder nehmen konnte oder nehmen wollte, wie groß der Anteil des zusätzlichen Geldes war, der in die spekulative Finanzwirtschaft floss, war dieser Anteil sehr hoch, was letztlich

wesentlich zu den Blasen in der Finanzwirtschaft und der derzeitigen Finanzkrise beigetragen hat.

Die heutige internationale Geldpolitik, nämlich die Krise wiederum mit einer Ausweitung der Geldmenge zu bekämpfen, wird daher ähnliche Folgen haben. Dass wieder kurzfristig viel von dem neu geschaffenen Geld in die Finanzmärkte fließt aber wenig in die Realwirtschaft, erkennt man daran, dass die Realwirtschaft keine echten Erholungszeichen zeigt, an den Börsen aber sehr wohl ein Zwischenhoch zu erkennen ist. Mittelfristig wird diese Geldpolitik in die nächste vermutlich noch schlimmere Krise führen.

ZUSAMMENFASSUNG

These 19 (4 Argumente für Kapitalsteuern)

- **Technisch- Naturwissenschaftliches Argument**
Ein System mit positiven Rückkopplungen (Kapitaleinkommen) braucht für die Stabilität negative Rückkopplungen (Kapitalsteuern) und Dämpfungselemente (Regulierungen)
- **Historisches Argument**
Gesellschaftliche Ungleichheit führte in der Geschichte oft zu gesellschaftlichen Katastrophen
- **Ökonomisches Argument**
Karl Marx (richtige Analyse): „Am Ende des Kapitalismus sind die Lager voller Waren und niemand hat das Geld sie zu kaufen“
Henry Ford (richtige Maßnahme): „Ich muss meine Arbeiter gut zahlen, sonst haben sie kein Geld, um meine Autos zu kaufen. Ich muss dem Staat genug Steuern zahlen, sonst hat er kein Geld, um Strassen für meine Autos zu bauen“
Wenn heute Kapitaleigentümer („wegen der Sachzwänge der Konkurrenzfähigkeit“ oder aus sonstigen Gründen) nicht bereit oder imstande sind, ihre Arbeiter im Sinne von Henry Ford gut zu bezahlen, muss der Staat diese Aufgabe übernehmen, indem er Kapitalsteuern einhebt und diese zur Erhöhung der Arbeitseinkommen umverteilt.
- **Politisches Argument**
Ungleichheit führt zur Konzentration von Geld in der Hand von Wenigen. Geld bedeutet Macht und die Konzentration von Macht stellt immer eine Gefahr für die Demokratie und damit auch eine Gefahr für den Frieden dar.

These 20 (Gesellschaftliche Katastrophe)

Der Markt ist zwar imstande das Produktionsproblem zu lösen, er ist aber nicht imstande das Verteilungsproblem zu lösen. Umverteilung ist daher nicht nur eine Forderung, deren Erfüllung aus Gründen der Gerechtigkeit dringend nötig wäre; sie ist auch nötig, um ein Wirtschaftssystem zu stabilisieren, das genau wegen der zunehmenden Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung in Schieflage geraten ist.

Kapitalismus braucht daher für seine Stabilität nicht nur Regeln sondern vor allem auch eine permanente Umverteilung (von oben nach unten).

Es ist für alle und letztlich auch für die Besitzer von Kapitalvermögen von größerem Vorteil, wenn Kapital reguliert und besteuert wird, als dass es in einer gesellschaftlichen Katastrophe vernichtet wird. Denn wer aus der Geschichte nicht lernt, muss sie wiederholen.

These 21 (Durchsetzung)

Die international harmonisierte Durchsetzung des Prinzips „Kapitalismus braucht für seine Stabilität Regeln **und** permanente Umverteilung“ ist die größte politische Herausforderung für das 21. Jahrhundert.

Literatur:

- [1] K. H. Brodbeck, „Die Herrschaft des Geldes“, (WBG Darmstadt 2009)
- [2] E. Glözl, Über die langfristige Entwicklung von Schulden und Einkommen, in "Die Finanzkrise als Chance" (LexisNexis, Wien 2009)
- [3] S. Schleicher, persönliche Mitteilung